

## **Zwangsarbeit in den staatlichen Forsten des heutigen Landes Niedersachsen 1939-1945 untersucht besonders an Forstämtern des Sollings und des Harzes**

*Peter-M. Steinsiek*

Vor etwa 30 Jahren rief der Historiker Ulrich Herbert mit seiner Untersuchung zur „Politik und Praxis des »Ausländer-Einsatzes« in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches“ (1. Aufl. 1985) das Elend der Zwangsarbeit in das Bewusstsein der deutschen Nachkriegsgesellschaft. Dass dies relativ spät geschah, ist an sich schon ein bemerkenswerter Befund. Vielleicht ist ein Grund darin zu suchen, dass für viele, die den Zweiten Weltkrieg als Erwachsene oder Kinder noch erlebt haben, die „Fremdarbeiter“ zum Alltag gehörten. Sie ersetzten die männlichen Arbeitskräfte, die in den Krieg gezogen waren, in der Landwirtschaft und waren auf fast jedem Hof anzutreffen. Männer und Frauen leisteten Zwangsarbeit überall in den Industrie- und Handwerksbetrieben, in der Rüstung oder im Bergbau, um nur einige Einsatzbereiche zu nennen.

Ohne Zwangsarbeit hätte die deutsche Rüstungs- und Kriegswirtschaft nicht aufrechterhalten werden können. Dies galt auch für die Kriegsaufgaben der Forst- und Holzwirtschaft. Inzwischen wird kaum noch bestritten, dass Zwangsarbeit ein Kriegsverbrechen darstellt. Hierbei sind nicht allein das Wesen und die Formen der Zwangsarbeit zu betrachten, sondern auch die unsäglichen Umstände, unter denen Männer, Frauen und selbst Kinder ihren Familien in der Heimat entrissen und unter unwürdigsten Bedingungen nach Deutschland verschleppt wurden. Ungezählt sind diejenigen, die auf solchen Transporten und in den Lagern erkrankten und starben. Wer überlebte, der nahm das Grauen dieser Deportationen mit an die Einsatzorte, dazu die Angst vor dem, was auf sie zukommen würde und die Sorge um die Angehörigen in der Ferne.

Die Aufklärung dieses Verbrechens muss nicht zuletzt die frappierende Tiefen- und Breitenwirkung nationalsozialistischer Menschenverachtung sichtbar machen. Und es bleibt wichtig zu vermitteln, in welchem Ausmaß Arbeitskollegen, Nachbarn, Zaungäste und die vielen Profiteure, Handwerker und Zulieferer von Ausrüstungsgegenständen oder Lebensmitteln für die Lager, in dieses Unrechtssystem eingebunden waren. In erster Linie sollte es jedoch darum gehen, den von Zwangsarbeit betroffenen Menschen ein Andenken zu bewahren.

Zwangsarbeit wurde in staatlichen, kommunalen und privaten Forstbetrieben geleistet, und zwar in erster Linie im Holzeinschlag. Denn unter den Bedingungen der Rüstungs- und Kriegswirtschaft avancierte Holz zu einem zentralen Rohstoff. Am 30.6.1944 wurde Holz als Rohstoff mit Kohle und Eisen gleichgestellt. Was den Arbeitseinsatz betraf, rangierte die Forst- und Holzwirtschaft auf einer Stufe mit der Rüstung. Die Kriegswirtschaft forderte Holz vor allem für den Bau von Unterkünften, für Eisenbahnschwellen und als Ersatz von Mineralöl an; außerdem in großem Umfang als Verpackungsmaterial und Grubenholz, um nur einige wenige Verwendungszwecke zu nennen. Mit zunehmender Dauer des Krieges wurden verstärkt Holzwerkstoffe als Aluminiumersatz in Flugzeugen der Luftwaffe nachgefragt.

Bereits seit 1934/36 hatte das Reichsforstamt die Forstbetriebe verpflichtet, die normalen Hiebssätze um 50 % zu überschreiten. Dies konnte spätestens nach Kriegsbeginn mit den einheimischen Arbeitskräften nicht mehr gelingen, so dass flächendeckend Kriegsgefangene und sogenannte Zivilarbeiter aus dem Ausland von den Forstverwaltungen angefordert wurden. Die ersten Zwangsarbeiter wurden offenbar bereits im Winter 1939/40 im Wald eingesetzt. Bislang gibt es keine eindeutigen Hinweise darauf, dass im Untersuchungsgebiet auch KZ-Häftlinge forstliche Zwangsarbeit geleistet haben.

Die Waldgebiete des Sollings einschließlich des Bramwaldes und des Harzes wurden als Fallstudien ausgewählt und vergleichend bearbeitet. Zusammen mit einigen angrenzenden Forstämtern decken diese Regionen große Teile des heutigen niedersächsischen Staatswaldes ab. Die Untersuchung umfasst die ehemaligen Forstämter des Sollings, des westlichen Harzes zuzüglich einiger Nachbarforstämter sowie den Bramwald, zusammen 40 Betriebe. Ermittelt wurden insgesamt 67 Gefangenenlager bzw. Arbeitskommandos. In diesen Lagern lebten während des Zweiten Weltkriegs durchschnittlich jeweils etwa 20 Gefangene. Die Belegungszahlen und -zeiten konnten jedoch stark variieren.

Die vorliegende Arbeit führt in die Topographien, Voraussetzungen und Bedingungen der forstlichen Zwangsarbeit ein. Sie versucht, soweit möglich die Herkunft der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter zu klären sowie die Bandbreite dieses Arbeitseinsatzes in den Forsten abzubilden. Durch die häufigen Umsetzungen von Arbeitskräften zwischen den Forstämtern ist es nicht möglich, die Zahl der insgesamt von Zwangsarbeit betroffenen Menschen hinreichend genau anzugeben. Solche Umsetzungen bargen gerade gegen Kriegsende große Gefahren, auch für das Begleitpersonal. Sie fanden

nicht nur zwischen den Forstämtern des Sollings und des Harzes statt, sondern bezogen auch Reviere etwa bei Nienburg oder in der Lüneburger Heide und selbst das Ruhrgebiet mit ein.

Viele Kriegsgefangene befanden sich schon bei ihrer Gefangennahme in einem desolaten Gesundheitszustand. In sogenannten Mannschafts-Stammlagern wurden diese Menschen anschließend zu Tausenden zusammengepfercht. Die Lebensbedingungen, meist unter freiem Himmel, waren verheerend. Wer diese Lager überlebte, wurde auf Anforderung der Forstverwaltungen und durch Vermittlung der Arbeitsämter abermals in Marsch gesetzt und erreichte schließlich die forstlichen Arbeitskommandos.

Die meisten Gefangenen kamen aus der Sowjetunion, viele aus Polen, weitere, soweit erkennbar, aus der Slowakei, dem Protektorat Böhmen und Mähren, Ungarn, Slowenien, Jugoslawien, Serbien, Italien, Frankreich, Belgien und den Niederlanden. Die sowjetischen Gefangenen und diejenigen jüdischen Glaubens litten unter besonders schlechten, demütigenden Lebensbedingungen. Sie trafen durchweg in einer derart elenden körperlichen Verfassung in den Lagern ein, dass diese Menschen zunächst regelrecht aufgepäppelt werden mussten, sofern dies überhaupt noch möglich war. Kleidung und Schuhe verdienten kaum diese Bezeichnung. Hunger, Kälte und die schwere Arbeit im Holzeinschlag setzten ihnen hart zu. Etliche erkrankten und starben, einige versuchten ihr Glück in der Flucht.

Besonders im Solling sind kriegsgefangene Waldarbeiter in ihrer freien Zeit, d.h. nach Beendigung der Waldarbeit und an Sonntagen, in großem Umfang von der Dorfbevölkerung zu Nebenarbeiten herangezogen worden sind. Wer Gelegenheit dazu bekam, spaltete gegen ein warmes Abendbrot Brennholz oder arbeitete im Garten bzw. in der Landwirtschaft mit. Die Gefangenen taten dies aus blanker Not. Die Forstämter profitierten von solchen Nebenbeschäftigungen der Kriegsgefangenen, weil hierdurch die Konstitution der Schwerstarbeit leistenden Gefangenen ein wenig aufge bessert werden konnte. Zeitzeugen, die den Einsatz dieser Zwangsarbeiter als Kinder erlebten, haben berichtet, dass Gefangene, wenn die Wachmannschaften ein Auge zudrückten, auf ihrem Weg vom Lager durch das Dorf zur Arbeitsstelle gebasteltes Spielzeug gegen Möhren und Brot tauschten. Als Zwischenhändler traten die Kinder selbst auf. Sie nahmen im Dorf die Bestellungen entgegen und wickelten den Tauschhandel ab.

Im Herbst 1944 trafen offenbar erstmals in größerer Zahl polnische Frauen und Kinder im Harz ein. Diese Deportationen standen sehr wahrscheinlich im Zusammenhang mit der blutigen Niederschlagung des Warschauer Aufstandes (1.8. bis 3.10.1944). Als dann außerdem zur gleichen Zeit Frauen, Kinder, Säuglinge sogar und Greise, sogenannte Ostarbeiterfamilien in mehr oder weniger geschlossenen Verbänden die Arbeitslager der Forstverwaltungen erreichten, war damit eine neue Qualität der Zwangsarbeit auch in der Forstwirtschaft erreicht. Dass ganze Familien zusammengetrieben und nach Deutschland verschleppt wurden, gehörte zur perfiden Strategie der „verbrannten Erde“ in einem Vernichtungskrieg, den das „Dritte Reich“ längst verloren hatte. Kinder, die das 10. Lebensjahr vollendet hatten, galten als arbeitsfähig. Räumliche Schwerpunkte des Arbeitseinsatzes dieser geraubten Familien waren offenbar Langelshausen und besonders Seesen. Über die Tätigkeiten dieser Menschen im Wald, das Leben im Lager und ihr Verbleib nach der Befreiung ist so gut wie nichts aktenkundig geworden bzw. überliefert. Was sie bei ihrer Gefangennahme, in den Sammellagern und auf den Transporten durch Kriegsgebiete und Feindesland erlebt und durchgemacht haben, können wir kaum ermessen. Abgeschnitten von allem, was das Leben bisher ausgemacht hatte, in Sorge um die Angehörigen, der Heimat fern, ungewiss die Zukunft. Auffallend viele dieser Menschen erkrankten oder erwiesen sich der Arbeit im Wald nicht gewachsen.

Auch jüdische Gefangene haben Zwangsarbeit im Wald verrichtet. Nachrichten liegen aus beiden Fallstudien vor. Für sie galten ganz besonders strenge Haftbedingungen. In einem Fall ist überliefert, dass der Forstamtsleiter die ihm von der Organisation Todt zugewiesenen tschechischen Juden wieder zurückgegeben hat, weil sie völlig entkräftet gewesen waren. Das weitere Schicksal dieser jüdischen Waldarbeiter liegt im Dunkeln.

Wie ein roter Faden zieht sich das Thema Leistungssteigerung durch die Aktenüberlieferung. Mit allen überhaupt noch verfügbaren Mitteln der Arbeitsorganisation und -technik wurde versucht, die Leistungen im Holzeinschlag möglichst zu erhöhen, und zwar sowohl bei den deutschen wie ausländischen Arbeitern. Es ist erstaunlich, mit welchem Eifer und welcher Produktivität das Reichsforstamt diesbezüglich dekretierte. Noch im Januar 1945 wurden im Solling Arbeitshilfslehrer in den Forstämtern „zu ständigen Überprüfungen“, wie es hieß, eingesetzt, um die Leistung in der Waldarbeit zu steigern. Wer nicht genügend leistete, und hierfür konnte es viele Gründe geben, musste eine Kürzung der Essensration befürchten. Auch Misshandlungen und Erschießungen kamen vor.

Der bürokratische Formalismus trug zweifellos Züge zynischer Menschenverachtung, er barg jedoch im Kleinen auch Spielräume für menschliche Akzente. Im Harzforstamt Lonau etwa kam es vor, dass der Forstamtsleiter seinerseits mit seitenlangen Memoranden an den vorgesetzten Landforstmeister in Hildesheim die Ausstattung der Kriegsgefangenen mit Kleidung und Schuhen und vor allem deren Verpflegung günstig zu beeinflussen suchte.

Nachdem dann die Kampfhandlungen eingestellt worden waren – im Solling und im Harz zumeist im April 1945 – verschwanden bald auch die Menschen, deren Arbeitskraft und Gesundheit oft über Jahre ausgebeutet worden waren, aus den befreiten Lagern. Während viele polnische Staatsangehörige und sogenannte Ostarbeiter noch eine Zeit lang im Land blieben, wurden die befreiten sowjetischen Kriegsgefangenen schon sehr bald mit Sammeltransporten in die UdSSR zurückgebracht. Es ist überliefert, dass viele von ihnen der Gedanke daran bedrückte, denn wer in Gefangenschaft geraten war und Zwangsarbeit für Deutschland geleistet hatte, galt den Machthabern in Moskau grundsätzlich als Kollaborateur.

Wir wissen nicht, was mit diesen Menschen weiter geschah. Sicher ist, dass die Strapazen der Verschleppung, die menschenunwürdigen Haftbedingungen in den Lagern, die Gefahren der Zwangsarbeit und der ständigen Umsetzungen unter den Bedingungen des „totalen Krieges“ Schäden an Geist und Körper hinterlassen haben und den weiteren Lebensweg mitbestimmten.

Ein Wort zur Quellenlage:

Kurz vor und nach Kriegsende haben öffentliche Verwaltungen und Privatbetriebe in großem Umfang Akten vernichtet, von denen angenommen wurde, dass sie, allgemein gesprochen, Hinweise auf Verbrechen, Kollaboration oder andere Formen nazistischer Machenschaften enthielten. Aktenverluste konnten allerdings auch viele weitere Ursachen haben. Aus der Schriftgutüberlieferung der staatlichen Forstbetriebe lässt sich damit allenfalls eine Art ‚Verwaltungsgeschichte der forstlichen Zwangsarbeit‘ rekonstruieren, die sich wesentlich auf die Perspektive der Täter stützen muss. Denn allen Bemühungen zum Trotz haben sich Lebensdokumente der von Zwangsarbeit Betroffenen, von einer Ausnahme abgesehen, bislang nicht ermitteln lassen. Gleichwohl konnten noch einige alte Sollinger und Harzer ermittelt werden, die Erinnerungen aus ihrer Kinderzeit an forstliche Arbeitslager und Kriegsgefangene bewahrten.

**Bildunterschrift:**

Französische Kriegsgefangene vor einer Baracke des Lagers „Donnershagen“ (Forstamt Knobben im Solling), vermutlich 1943 (Quelle: Stadtarchiv Uslar, Sammlung Schreckenbach).